

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 8 40. Jg.

25. Febr. 1927

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk., exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1,- Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsasserstraße 86-88 III. Redaktions-schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. - Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.* [Postverlagsort Scheuditz.]

Eine Nuß, die geknackt werden muß.

In den Kollegenkreisen, soweit sie im Lithographie- und Steindruckgewerbe, im Notendruck und im Kunstdruck beschäftigt sind, sind augenblicklich Beratungen darüber im Gange, was zu tun ist, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser Kollegengruppen so zu gestalten, daß sie den berechtigten Ansprüchen besser entsprechen. Die Ursache zu diesen Beratungen ist die im Mai steigende Verhandlung zur Revision des Tarifes für das deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe. Nach den Bestimmungen dieses Tarifvertrages müßten die Anträge der Kollegen zwecks geeigneter Formulierung der Vertragsbestimmungen schon längst eingereicht sein, denn der gültige Vertrag legt fest, daß Abänderungsanträge 4 Monate vor Ablauf des Tarifes einzubringen sind, die innerhalb eines Monats beraten werden müssen. Da die Gültigkeitsdauer dieses Tarifes nur bis zum 31. Mai geht, falls die Kündigung ausgesprochen wird, müßten also die Abänderungsanträge schon längst eingereicht sein. Die Abänderungsanträge sind aber gegenseitig weder eingereicht noch ausgetauscht, weil die Vertragsparteien sich schlüssig geworden sind darüber, diesen Austausch der Anträge erst Ende März vorzunehmen, ohne dadurch die Kündigungsmöglichkeit des Vertrages zu beschränken.

Soweit sich die Stimmung in den zuständigen Kollegenkreisen übersehen läßt, ist allenthalben die Ansicht vertreten, auch für die nächste Zukunft das Arbeitsverhältnis reichstärklich zu regeln. Die Kollegen gehen also mit dem Beschluß des letzten Verbandstages über die vertragliche Regelung des Arbeitsverhältnisses vollständig einig. Damit ist natürlich absolut nichts über den Inhalt des Tarifvertrages gesagt. Ganz besonders ist damit nichts über den Inhalt des Tarifvertrages in der Richtung gesagt, ob die Vertragspositionen verbesserungsbedürftig sind oder nicht. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, besteht in den Kreisen der Kollegen die Meinung, daß einzelne Vertragspositionen sogar sehr revisionsbedürftig sind, und es sind ja auch schon Anträge gestellt, die diese Revisionsbedürftigkeit ganz eindeutig herausstellen. Da ja noch gesehert zu den zur Revisionsverhandlung eingereichten Anträgen Stellung genommen wird, können wir uns eine Stellungnahme vorab schenken.

Wie in Gehilfenkreisen, wird auch in den zuständigen Unternehmerkreisen Stellung zu den Tarifrevisionsverhandlungen genommen werden. Auch dort wird man für die Verhandlungen die Anträge formulieren, die man zur Vertretung seiner Interessen glaubt nötig zu haben. Daß diese Unternehmeranträge gegensätzlich denen der Gehilfen sind, kann als sicher angenommen werden, weil eben die Interessen von Unternehmern und Arbeitern gegensätzlich sind. Diese Gegensätzlichkeit der Interessen von Arbeitern und Unternehmern wird auch so lange bestehen bleiben, als die Grundlage, aus der sie erwachsen, gegeben ist. Und diese Grundlage ist die kapitalistische Wirtschaft, deren Wesen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zum Zwecke persönlicher Bereicherung ist.

Mit diesen Gegensätzen müssen die Kollegen bei Vertretung ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Interessen, sei es als Person, sei es als Glied der Gesamtheit, rechnen. Diese gegensätzlichen Interessen verschiedener Gruppen in der menschlichen Gesellschaft machen ja auch das ununterbrochene Messen der Kräfte aus, das wir Klassenkampf nennen. Die Unternehmer bestreiten zwar die Existenz des Klassenkampfes, sie führen ihn aber mit aller Schärfe. Gerade die Tarifverträge sind der beste Beweis für die Existenz des Klassenkampfes, denn die Tarifpositionen sind der Ausdruck der Macht, die jede Tarifpartei einzusetzen hat. Je nach den gegebenen Machtverhältnissen werden auch in Zukunft die einzelnen Tarifpositionen stipuliert sein.

Ist ein Tarifvertrag das schriftlich formulierte Machtverhältnis verschiedener Tarifkontrahenten, dann läßt sich über dieses schriftlich fixierte Machtverhältnis auch nicht willkürlich hinweg-

springen. Denn schon der Versuch dazu stößt sich am Widerstande des Gegners. Aber jede Tarifverhandlung zeigt schon durch das Vorhandensein von Anträgen zur Neugestaltung des Tarifes, und zwar durch Anträge von den gegensätzlichen Parteien, daß der gültige Vertrag den Wünschen keiner der Vertragsparteien voll und ganz entspricht. Das kann auch gar nicht anders sein, denn ein Tarifvertrag ist ja bei den gegensätzlichen Interessen lediglich nur eine schriftliche Formulierung dessen, was bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse von jeder Vertragspartei ohne all zu erhebliche Gefahr gerade noch getragen werden kann. Ein Tarifvertrag ist also ein Kompromiß.

Unsere Unternehmer sind nun der Meinung, daß der Ausgleich der Machtverhältnisse zwischen ihnen und der Kollegschaft durch die stipulierten Tarifverträge bis in alle Einzelheiten hin erfolgt ist. Sie vertreten deshalb die Ansicht, daß es am Inhalt der abgeschlossenen Tarife nichts wesentliches mehr zu ändern gibt. Diese Ansicht ist sowohl von den Steindruckereibesitzern wie von den Mitgliedern des Bundes chemigraphischer Anstalten geäußert worden. Und in die letzter Zeit geführten Tarifverhandlungen haben ja auch gezeigt, daß es sich nicht um leeres Gerede handelt, was falsch angenommen werden könnte. Es sei vielmehr nachdrücklich betont, daß hier eine ernsthafte Kundmachung vorliegt, die mit allen andern Handlungen dieser Seite durchaus übereinstimmt.

Ganz anderer Meinung sind nun in dieser Beziehung die Kollegen, und die Verbandsleitung geht mit ihnen gleich. Die Unternehmer sind darüber durch die zuständigen Beschlüsse des Kölner Verbandstages wie durch die gepflogenen Aussprachen informiert. Die zu den Tarifverhandlungen von den Kollegen gestellten Anträge geben ja auch immer erneut Kunde davon, daß die Gehilfen durchaus nicht der Meinung sind, daß die Tarifverträge Ergebnis vollständig ausbalanzierter Machtverhältnisse sind. Hinzu kommt ja auch noch, daß sich die Machtverhältnisse durch Veränderung der Allgemeinverhältnisse ändern, ganz abgesehen von den Änderungen, die auch im Lager der Tarifparteien ständig vor sich gehen.

Trotz alledem bleibt natürlich die Meinung der Unternehmer bestehen, daß an den vom Verband bisher abgeschlossenen Tarifverträgen nichts wesentliches mehr zu ändern ist. Und auch der Wille ist vorhanden, diese Unternehmermeinung zur Geltung zu bringen. Andererseits ist natürlich auch der Wille der Kollegen vorhanden, den Inhalt des Tarifvertrages mehr der Ansprüchen der Kollegen anzuleichen. Daß diese großen Gegensätze nicht dauernd auf dem Wege der Verhandlungen tragbar überbrückt werden können, liegt auf der Hand. Auch die wirtschaftliche und die technische Entwicklung treiben mindestens zu Teillösungen. Sind solche Teillösungen infolge der Ansicht der erfolgten Ausbalanzierung der Kräfteverhältnisse nicht möglich, dann muß eben die Lösung durch explosiven Druck gefunden werden, der freilich durch seine eigene Gesetzmäßigkeit nicht selten auch dort niederreißt, wo ein Abbruch nur großer Schaden sein kann.

Dieser wichtige Gesichtspunkt der angeblichen Ausbalanzierung der Kräfte scheint uns bei den Aussprachen der Kollegen über Neugestaltung unserer Tarifverträge vollständig unbeachtet geblieben zu sein. Auf ihn hinzuweisen, hielten wir für unsere Pflicht. Wenn die Zeit augenblicklich auch wenig geeignet ist, die Gegensätze, die über die Ausgestaltung unserer Tarife bestehen, zum Austrag zu bringen, so ist doch notwendig, sich mit diesen Dingen beizeiten auseinander zu setzen. Denn die notwendige Klärung kommt nicht von ungefähr. Aber diese Klärung ist ein unbedingtes Erfordernis, auch in bezug auf moderne Führung des Gewerkschaftskampfes. Denn die modernen Gewerkschaftskämpfe können nicht mehr mit Erfolg in der Weise geschlagen werden, wie das noch vor 15 Jahren der Fall war.

Die Form ist zweifellos noch dieselbe wie früher, aber an die Führung müssen ganz andere Forderungen gestellt werden. Das haben die gewerkschaftlichen Großkämpfe der letzten Jahre eindeutig bewiesen. Wer Beginn, Verlauf und Ausgang dieser Kämpfe aufmerksam verfolgt und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen gezogen hat, wird zu dem Resultat gekommen sein, daß das Gewicht der Entscheidung sich nach der Führung hin verschoben hat. Der eigenartige Ausgang des englischen Bergarbeiterkampfes ist nach einheitlichem Urteil aller Berufenen ausschließlich darauf zurückzuführen, daß die letzte Entscheidung in Kreisen lag, die die gegebene Situation nicht zu überblicken vermochten. Das ist bei allen Kämpfen aber das Entscheidende. Wir haben ja in dieser Beziehung 1925-24 selbst entsprechenden Anschauungsunterricht genossen. Ohne die eigenmächtige Inkraftsetzung des Steindruckertarifes durch die verantwortlichen Verbandsinstanzen 1925 nochmals verteidigen zu wollen, muß in diesem Zusammenhang doch auf die Folgen hingewiesen werden, die sich daraus ergeben haben. Die Verbandsinstanzen übersehen eben die Lage besser als die Kollegen. Das wird bei einer ihrer Aufgaben bewußten Verbandsführung zukünftig immer der Fall sein! Die Ursachen hierzu liegen ganz einfach in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Die Kompliziertheit der Dinge macht es dem tagelbigen Betriebe stehenden Arbeiter eben fast unmöglich, der gesamten Entwicklung so zu folgen, daß er ein sicheres Urteil über unbedingte Notwendigkeiten des Gewerkschaftskampfes abgeben kann.

Man mag diese Entwicklung begreifen oder bedauern: ihre Realität ist nicht zu bezweifeln. Sie ist da und wir werden ihr als Verband Rechnung tragen müssen, wollen wir uns nicht gehörig den Kopf einrennen. Dieser Realität Rechnung tragen heißt aber mit andern Worten, das Gewicht der Entscheidung in Kampfzeiten auf die Seite der Verbandsinstanzen zu schieben. Solcher Erkenntnis widersetzt sich der gute Gewerkschafter schon rein gefühlsmäßig. Und das nicht ganz mit Unrecht. Denn die geltende Demokratie in den Gewerkschaften hat ihm die im Dienste der Kollegen geleistete Verbandsarbeit ermöglicht und den Verband groß und stark gemacht. Auch die geübte Solidarität, Opferfreudigkeit und Disziplin floß nicht zuletzt aus der demokratischen Grundlage der Organisation. Möge auch gelten, daß die demokratische Grundlage des Verbandes, wie überhaupt der freien Gewerkschaftsbewegung, durch ihre Ausschaltung in aktiven Kampfzeiten nur zeitweilig berührt wird, zu beachten ist: jedes Ding hat seine Geschichte und seine Konsequenzen.

Wie schon gesagt, ist die Gegenwart nicht dazu geeignet, die gegensätzlichen Anschauungen zwischen Gehilfen und Unternehmern über die tarifliche Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses auszutragen. Daß diese Gegensätze aber ausgetragen werden müssen, scheint uns sicher. Dafür ist die Psyche des deutschen Unternehmers schlüssigster Beweis. Da wir unsere Aufgabe immer darin gesehen haben, die Aufmerksamkeit der Kollegschaft auf Entwicklungstendenzen hinzuweisen, um sie zum Gegenstand kollegischer Aussprache zu machen, lag die Verpflichtung vor, auch auf diese Dinge hinzuweisen. Erfolgreiche Führung gewerkschaftlicher Kämpfe hängt gewiß nicht zuletzt von einer gut gefüllten Kampfkasse ab. Aber selbst die reichlich gefüllte Kampfkasse vermag mangelnde geistige Bereitschaft der Kämpfer einschließlich aller anderen geistigen Voraussetzungen zur Führung erfolgreicher Gewerkschaftskämpfe nicht zu ersetzen. Sie müssen genau so gut vorher geschaffen werden, wie die finanziellen Kampfmittel vorher herbeigeschafft werden. Unsere Darlegungen sollen Anregung sein, die neuen geistigen und organisatorischen Voraussetzungen zur Führung erfolgreicher Kämpfe zu schaffen. Möge man sie als solche beachten und werten.

Kalender für die Betriebsrätewahlen 1927.

(Muster, die Termine ergeben sich aus dem BRG.)

28. Februar: Einsetzung des Wahlvorstandes.
3. März: Letzter Tag der Mandatsniederlegung.
7. März: Aushang des Wahlausschreibens.
9. März: Letzter Tag zur Einsicht in die Wählerliste.

15. März: Letzter Tag zur Einreichung der Vorschlagslisten.

16. März: Nachfrist zur Einreichung der Vorschlagslisten.

17. März: Bekanntmachung, daß keine Stimmabgabe stattfindet, wenn nur eine Vorschlagsliste eingereicht ist, Aushang bis zum 31. März.

24. März: Aushang der Vorschlagslisten, spätestens!

27. März: Tag der Stimmabgabe, letzter Tag!

30. März: Feststellung des Wahlergebnisses, Mitteilung an die Gewählten.

6. April: Aushang des Wahlergebnisses, Einreichung der Wahlprotokolle.

13. April: Abnahme des Wahlergebnisses.

Fällt der Tag einer Frist auf einen Sonntag oder gesetzlichen Feiertag, so wird diese bis zum nächstfolgenden Werktag verlängert.

Wird für die Wahl der Arbeiter oder der Angestellten keine Vorschlagsliste eingereicht, so hat der Wahlvorstand das bekannt zu machen und zur Einreichung der Vorschlagslisten eine Nachfrist zu gewähren.

Wird nur eine gültige Vorschlagsliste eingereicht, so ist nach Ablauf der für die Einreichung festgesetzte Frist bekannt zu machen, daß eine Stimmabgabe nicht erfolgt und daß die in der Vorschlagsliste aufgestellten Kandidaten in der dort wiedergegebenen Reihenfolge als gewählt gelten.

Wer ist wahlberechtigt?

Wahlberechtigt sind alle mindestens 18 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer, die im Betriebe beschäftigt sind, wenn sie die bürgerlichen Ehrenrechte haben, d. h. nicht mit Ehrverlust bestraft sind.

Wer ist als Vertreter im Betriebsrat wählbar?

Erfahrene, sachkundige Vertreter (Männer oder Frauen) sollen gewählt werden. Bei der Aufstellung der Kandidaten sollen berufliche Tätigkeit, geistige Strebsamkeit und gewerkschaftliche Erfahrung entscheidend sein. Das Gesetz schreibt vor, daß gewählt werden kann wer am Tage der Wahl:

- a) mindestens 24 Jahre alt ist,
- b) deutscher Reichsangehöriger ist,
- c) mindestens 6 Monate im Betrieb beschäftigt ist,
- d) dem Berufe oder Gewerbe mindestens drei Jahre angehört.

Die erste Lesung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes im Reichstag.

Die erste Lesung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes im Reichstag ist beendet. Aufgefallen ist, daß die Sitzungen außerordentlich still verliefen. Die bürgerlichen Vertreter waren bei der ersten Lesung des Gesetzes sehr schwach vertreten. Anscheinend war für sie die Beratung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes keine Angelegenheit von erster Bedeutung. Von den Fraktionen der Deutschnationalen und der Volkspartei waren während der wichtigen Rede des Abgeordneten Brey, Vorsitzender des Fabrikarbeiterverbandes, der im Auftrag der Sozialdemokratischen Fraktion zu dem Gesetz Stellung nahm, sogar zusammen mit nur sieben (7) Mann anwesend.

Für die Deutschnationalen sprach ein Bergwerksdirektor. Er hatte natürlich viele Schmerzen vorzubringen — Unternehmensschmerzen. Nach seiner Meinung dürfe das vorliegende Gesetz nicht ausgebaut, sondern müsse beschränkt werden. Frau Teutsch, die Vertreterin des Zentrums, stimmte dem Entwurf, wie er vorliegt im großen und ganzen zu. Auch der Deutsche Volkspartei-Vertreter, der Führer des Deutschnationalen Handlungshelfenverbandes, sprach sich gegen die Verbesserung des Gesetzentwurfes aus.

Aus der Rede des Reichsarbeitsministers, der die Aussprache selbst mit einer größeren Rede eingeleitet hat, sei folgendes hervorgehoben: An der Herbeiführung einer Arbeitslosenversicherung haben die Gewerkschaften aller Richtungen einen starken Anteil. Diese Versicherung ist notwendig, da die deutschen Arbeiter bei ihren elenden Löhnen selbst durch Ersparnisse nicht für die Zeit der Not sorgen können.

Der einzige Abgeordnete, der sich eingehend und positiv mit dem Gesetzentwurf beschäftigte, war der Redner der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Ausführungen des Abgeordneten Brey waren von einem starken sozialen Ethos getragen. Vor allem versäumte er nicht, wie es die anderen Herren „Volks-

vertreter“ getan hatten, eine große Reihe von Verbesserungsvorschlägen zu unterbreiten.

Abgeordneter Brey formulierte das Ziel der zu schaffenden Versicherung dahin: die Forderung der Prüfung des Anspruchs muß fallen, dem Arbeiter muß der Rechtsanspruch gesichert, dem Arbeitslosen eine angemessene Unterstützung gewährleistet werden. In bezug auf den Aufbau der Versicherung forderte er wesentliche Änderungen. Die Durchführung des Gesetzes muß unter der maßgebenden Mitwirkung der Versicherten geschehen. Der entscheidende Einfluß der Dienstaufsichtsbehörden muß fallen. Die Landesarbeitsnachweise, die die Träger der Versicherung sein sollen, sind keine Organe der Selbstverwaltung; in ihnen herrscht die Bürokratie. Ein Aufbau der Organisation muß geschaffen werden, in der die Selbstbestimmung des Arbeiters die Sicherheit ist.

Abgeordneter Brey forderte dann vor allem auch die Erweiterung des Versicherungskreises. Insbesondere müssen die Lehrlinge in die Versicherungspflicht mit einbezogen werden. Die landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Arbeiter dürfen in der Arbeitslosenversicherung nicht schlechter gestellt werden als die Industriearbeiter. Die Versicherung für diese Kategorie darf auch nicht in einen besonderen Rahmen gestellt werden, sie müssen in die zu schaffende Organisation eingefügt werden. Zur Frage der Unterstützungssätze forderte der Abgeordnete Brey die Erhöhung des Unterstützungssatzes. Auch die Bestimmungen über die Krisenfürsorge, d. h. die Unterstützung derjenigen, die länger als 26 Wochen unterstützt worden sind oder den Anspruch noch nicht erworben haben, müssen wesentlich verbessert werden. Vor allem muß aus der Kannbestimmung eine Mußbestimmung werden. Die Gewährung der Krisenfürsorge darf auch nicht von der Bedürftigkeitsfrage abhängig gemacht werden. Auch der Zwang zur Pflichtarbeit, der heute in den meisten Fällen nur zur Schikanierung der Erwerbslosen führt, muß aufgehoben werden.

Mit diesen Verbesserungsvorschlägen des Abgeordneten Brey sind natürlich die Forderungen, die die Arbeiterschaft an ein brauchbares Arbeitslosenversicherungsgesetz stellt, noch nicht erschöpft. In den nun folgenden Kommissionsverhandlungen und den weiteren Lesungen des Gesetzes werden eine Reihe anderer Bedenken noch zum Ausdruck gebracht und weitere Verbesserungen vorgebracht werden. Auf alle Fälle werden die Vertreter der Arbeiterschaft alle ihre Kräfte aufbieten und dahin arbeiten, dem vorliegenden Gesetzentwurf eine Form zu geben, die den Erwerbslosen gerecht wird. P.

Jahresschau 1927 „Das Papier“.

In Dresden findet dieses Jahr eine Ausstellung statt, betitelt „Das Papier“, die auch für die Kollegen von allergrößtem Interesse sein wird. Infolge der außerordentlich starken Beteiligung an dieser Ausstellung mußte das Dresdener Ausstellungsgelände um 54 000 qm vergrößert und 7 neue große Hallen gebaut werden. An dieser Ausstellung sind beteiligt:

- Bund Deutscher Gebrauchsgraphiker, Berlin,
- Centralverband Deutscher Photographen-Vereine und Innungen, Berlin,
- Deutscher Buchgewerbe-Verein, Leipzig,
- Deutsches Hygiene-Museum, Dresden,
- Deutscher Künstler-Bund, Hamburg-Berlin,
- Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft,
- Deutscher Stenographen-Bund, Dresden,
- Freie Vereinigung Dresdner Schriftsteller,
- Gesellschaft Deutscher Lichtbildner, München,
- Landesverband selbständiger Buchbinder Sachsens,
- Papierverarbeitungsmaschinen-Verband, Leipzig,
- Reichsamt für Landesaufnahmen, Berlin,
- Reichsdruckerei, Berlin,
- Reichspostverwaltung, Berlin,
- Reichsverband Deutscher Fachzeitschriftenverleger, Berlin,
- Reichsverband der Deutschen Presse, Berlin,
- Staatliche Akademie für Kunstgewerbe, Dresden,
- Verband Deutscher Amateurphotographen-Vereine, München,
- Verband Deutscher Druckpapierfabriken, Berlin,
- Verband Deutscher Reklamefachleute, Berlin,
- Verband Deutscher Steindruckereibesitzer, Berlin,
- Verein Deutscher Holzstoffabrikanten, Dresden,
- Verein Deutscher Papierfabrikanten, Berlin,
- Verein Deutscher Pappfabrikanten, Berlin,
- Verein Deutscher Schriftgießereien, Leipzig,
- Verein Deutscher Zeitungsverleger, Berlin,
- Vereinigung Deutscher Druckmaschinenfabrikanten, Würzburg,
- Zentralverband Deutscher Kartonnagen-Fabrikanten, Berlin.

Auch ist die Ausstellung schon so weit fertig, daß die für den 1. Juni angesetzte Eröffnung vielleicht vorverlegt werden muß. So wird

die Papieraussstellung in Dresden eine Ausstellung der gesamten deutschen Papierindustrie, die seit der letzten großen Schau ähnlicher Art, der „Bugra“ 1914 in Leipzig, keine Gelegenheit mehr hatte, in dieser Geschlossenheit aufzutreten.

Die Alten und die Jungen.

Die aus den Verbänden herausgesprossenen Jugend- oder Lehrlingsabteilungen sind ein Beweis dafür, daß die wirtschaftliche Not sowie die Rechtlosigkeit der jungen Arbeiter sie zwingt den Weg zu suchen, der ihnen Abhilfe verschafft. Der schon jahrelang andauernde Kampf um einen ausgeprägten Jugendschutz sind der Ausdruck dieser Lage. Nun haben die Organisationen nicht nur den Zweck, die Jugendlichen zu sammeln und sie für ihre Ziele als Masse gewissermaßen als Nachdruck, in Reserve zu halten, sondern heranzubilden, daß sie tüchtige und überzeugte Mitglieder werden. Und das gilt gerade für unsere Organisation. Da im Vergleich zu den geradezu erbärmlich entlohnten jungen Fabrikarbeitern und Lehrlingen die unsrigen etwas besser stehen, so ist die allgemeine Formel des Organisationszwanges, nämlich die wirtschaftliche Not, etwas in den Hintergrund gedrängt. Und hier muß die Arbeit der Kollegen beginnen. Jedem Lehrling muß klar gemacht werden, daß dieser Zustand nur das Produkt der straffen Organisation ist und bleiben kann. In die Jugend muß dieses Bewußtsein hineinwachsen, es muß ein Teil ihres Denkens werden. Sie darf nicht, wie es ein großer Teil so mancher Gewerkschafter tut, nur dann den Wert der Organisation erkennen, wenn es ihnen an den Kragen geht.

Klar muß der Jugend werden, daß das Bestehende nur der Erfolg eines zähen Ringens von Generationen ist. Aber es ist kein Sieg, sondern nur eine Etappe zu diesem. Wird der Kampf vernachlässigt oder gar eingestellt, so geht auch das Errungene wieder zugrunde. Das darf die Jugend nicht wollen. Das Errungene muß ihr lebendig gemacht werden; sie muß es fühlen, und damit auch den Kampf, den die Alten führten.

Aber das alles kann nicht geschehen, wenn die Jungen für sich dahinleben, wenn niemand da ist, der ihnen das vor Augen führt; und wenn sie, wie das so oft ist, von den Kollegen nur als unreifer Mensch betrachtet werden. Die Jugend hat ein Verständnis und auch einen Drang nach Betätigung, nach lebendigem Geschehen! Sind es nicht wir, die es verstehen diesem Rechnung zu tragen, ihnen das zu erfüllen, was in ihren Wünschen liegt, so ist uns die Jugend verloren. Junge Menschen sind zu erziehen, zu beeinflussen. Den besten Beweis dazu sehen wir darin, daß ein großer Teil der Jugendlichen in solchen Organisationen tätig sind, die gerade Gegner ihrer Klasseninteressen sind. Woher kommt das? Daher, daß diese Verbände und Vereine es verstehen, an die Gefühle, an die Psyche der Jugend heranzutreten. Das Seelenleben ist stärker als das Bewußtsein ihrer Klassenlage.

Das ist einem großen Teil unserer Kollegen gar nicht bewußt, sie glauben, wenn der Lehrling seine Beiträge bezahlt, sei er in der Organisation. Ja, der Form nach, aber der Erkenntnis nach ist er noch weit davon entfernt. Lebendig muß das Verhältnis zwischen Lehrling und Gehilfen werden; und ebenso innerhalb unserer Lehrlingsabteilungen. Unsere Lehrlingsabteilungen müssen alles in sich tragen, wonach der Lehrling trachtet. Allen seinen Bedürfnissen muß Rechnung getragen werden; mit der dauernden Fühlung der Gehilfen, d. h. den Vertretern derselben. Diese haben die Aufgabe zielbewußt zu arbeiten, um den jungen Menschen in seiner Entwicklung und seinen Aufgaben zu „entwickeln“. Das muß das Ziel der ganzen Bildungsarbeit sein, nicht die jungen Menschen sofort mit allen möglichen Problemen zu belasten, sondern ihm im Laufe seiner eigenen Ausreifung für die geistigen Dinge reif zu machen. Die kommende Generation muß dieses werden. Haben sie die Reife, dann wird es nicht mehr das Schwierigste sein, alle die schweren geistigen Gebiete, die heute zum Verständnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge notwendig sind, an sie heranzubringen. Ja der Zustand tritt ein, daß sie mit starkem Willen sich solche Bildungsstätten aussuchen.

Da müssen die Leiter wie auch die einzelnen Gehilfen dauernd als Berater und Führer zur Seite stehen, die den Lehrlingen mit Rat und Tat beistehen. Fast in jedem größeren Orte sind von Gewerkschaften wie auch von der Partei Bildungsmöglichkeiten geboten, die oft zum Bedauern nicht genügend ausgenutzt werden. Auch soll die Wahl der Literatur immer im Auge behalten werden, da gerade die Jugend Neigung zu allem möglichen Schund verspürt, was ganz mit ihrem seelischen Zustand zu erklären ist. Aber dieses kann geändert werden, wenn wir Literatur nachweisen, die ebenfalls spannend und voll von Sensationen ist und dabei immer noch einen kunsthistorischen und er-

zieherischen Wert hat. Die Jugend muß den Weg zu öffentlichen Bibliotheken finden und gleichzeitig Anregung zur Gründung und Ausbaueiner eigenen Bibliothek erhalten. Der „Bücherkreis“, der schon des öfteren hier besprochen wurde, sowie andere Buchgemeinden bilden dazu eine, auch für unsere Lehrlinge benutzbare Grundlage.

In all dem Besprochenen bleibt immer wieder eines im Vordergrund: Die Jugend bedarf der Anregung, bedarf der Erziehung. Die Keime und das Wollen lagern in ihr, aber es muß aufgerüttelt werden; dann werden wir Freude am Schaffen der Jugend erleben. Und für die Alten wird das stolze Bewußtsein entstehen, daß mit der kommenden Generation eine Kraft entsteht, die nicht nur das Errungene erhält, sondern weiterkämpft, dem Ziele näherkommt. Deshalb, zeigt den Jungen den Weg! W.

Erhöhung des Verbandsbeitrages um 1.— Mark.

Wohl jeder Kollege, ob alt oder jung, ganz gleich, ob er Beschäftigung hat oder nicht, wird in letzter Zeit, wenn auch nicht täglich, darüber nachgedacht haben: wohin werden diese Verhältnisse noch führen und was bringt die Zukunft?

Der Idealist, der die Gewerkschaft nur als Kampffeste liebt und für die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften wenig übrig läßt, muß nach den Erfahrungen der letzten Zeit seine Auffassung ändern, ob er will oder nicht. Ja, wären die Menschen schon ganze Menschen, es würde nicht schwer sein, das tägliche Brot für jeden, um das es sich zu guter Letzt doch nur dreht, ohne jede Sorge zu sichern. Dann bräuhete auch kein Mensch sein Bett mit Kummer zu verlassen, um es mit einigen grauen Haaren mehr wieder aufzusuchen.

Aber genug davon. Die politische Lage aller Staaten und Länder, insbesondere die große Zahl von politischen Parteien und Richtlinien, beweisen uns zur Genüge, daß das gesamte Proletariat das Kreuz noch auf absehbare Zeit tragen wird, weil es sich nicht dazu aufschwingen kann, dem Staat die Form und die Gesetze zu geben, die nötig sind, um den arbeitenden Menschen das Dasein so zu gestalten, daß man das Leben ein glückliches nennen kann.

Kollegen, die Verhältnisse von heute bedingen es, daß wir uns mehr auf die eigene Kraft, auf die Kraft der Gewerkschaft stützen müssen. Und diese muß, neben der Kampfmöglichkeit, so ausgebaut sein, daß wir die täglich wachsende Not leichter ertragen und etwas sorgloser in die Zukunft schauen können.

Das ist bei Einsicht und gutem Willen zu erreichen. Natürlich erfordert es Opfer. Opfer in Form höherer Beiträge zur Erhöhung der Unterstützungsleistung.

Ich schlage vor, unseren bisherigen Wochenbeitrag dauernd um 1.— Mk. zu erhöhen und zwar nur für den Ausbau der Arbeitslosenunterstützung, der Krankenunterstützung und der Invalidenunterstützung, bei gleichzeitiger entsprechender Erhöhung der Witwenunterstützung und des Sterbegeldes.

Bei solcher Erhöhung des Beitrages könnten die Kollegen im Notfalle erhalten:

an Arbeitslosenunterstützung statt 18 Mk. 26 Mk. die Woche,

an Krankengeld statt 14 Mk. 22 Mk. die Woche,

an Invalidenunterstützung statt 9 Mk. 15 Mk. die Woche.

Diese Vorschläge halte ich für durchführbar, jedoch entbehren sie einer hieb- und stichfesten Rechnungsunterlage. Deshalb versteife ich mich nicht auf sie. In erster Linie müßte es dem Verbandsvorstand verbleiben, bei Geneigtheit der Kollegen für eine solche Beitragserhöhung, eine Vorlage zu unterbreiten, die dann der Kollegenschaft zur Prüfung und dem Verbandstag zur Beschlußfassung vorliegt.

Kollegen, bei einem Stand von über 18 000 Mitgliedern kann mit einer Mark mehr Wunderbares geschaffen werden. Für den einzelnen reicht eine Mark nicht einmal zum Besuch des Kinos. Aber sie kann uns das bringen, was wir notgedrungen zum Leben brauchen, aber nicht haben, wenn der Unternehmer unsere Arbeitskraft gegen Entgelt nicht in Anspruch nimmt. Und, Kollegen, wer liegt mehr auf der Straße: Alt oder Jung? Ich bitte alle Kollegen und Mitgliedschaftsvorstände um Aussprache über meinen Vorschlag, damit der Stein ins Rollen kommt. F. W.

Richtiggehender Schund.

Herr Kütz, der Vorläufer des jetzigen Reichsinnenministers, der nach Reichskanzlermeinung als Beamter der Republik zu Recht kapputschte, hat gegen den Willen aller Prominenten in Kunst und Wissenschaft und der Arbeiterschaft im Reichstag ein Gesetz gegen Schmutz und Schund durchgedrückt, das

sehr wahrscheinlich nur dazu geschaffen sein wird, gutes zu unterdrücken und den Schund aufs Schild zu erheben. Damit wäre dann wieder einem ansehnlichen Teil Besitzer chemigraphischer Anstalten Rechnung getragen, die es als ihre Pflicht und Schuldigkeit ansehen, das Gewerbe durch Erzeugung von Antiquitätsware vollständig auf den Hund zu bringen. Was jetzt zu einem erheblichen Teile an Klischees auf den Markt gebracht wird, spottet tatsächlich jeder Beschreibung, und man fragt sich unwillkürlich, wie Fachleute einem solchen Zustande mit Seelenruhe zusehen können. Aber man hat in den Kreisen, die für diesen Zustand verantwortlich sind, ganz andere Igel zu büsten, und deshalb anscheinend keine Zeit darüber nachzudenken, was zuletzt aus dieser Schund-ätzeri werden soll. Es ist schon so, daß aus den deutschen chemigraphischen Anstalten zum erheblichen Teil Klischeefabriken geworden sind und die Marke „billig und schlecht“ ihre Erzeugnisse auszeichnet. Einsichtige haben schon längst auf diese Entwicklung zum Schund hingewiesen und wirksame Gegenmaßnahmen vorgeschlagen. Da man im Unternehmerlager vielmehr Verständnis für das Bisacken der Gehilfen als für eine Abwehr der Verschundung des Gewerbes hat, ist es noch zu keinem vernünftigen Tun gekommen.

Inzwischen rühren sich auch andere Kreise, und zwar die Klischeeverbraucher, die diesen Schund satt haben. In der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“, dem Organ der Buchdruckereibesitzer, wird in Nr. 12 vom 11. Februar 1927 gegen diesen Schund mit Recht losgezogen. Unter der Schlagzeile: „Klischee-beschaffenheit, Zurichtezeit und Druckergebnis“ wird unter anderem den Besitzern chemigraphischer Anstalten folgendes ins Stammbuch geschrieben:

„Es wird allgemein geklagt, daß die Beschaffenheit der von einer Reihe Atzanstalten gelieferten Klischees, im besonderen solcher von gewissen Berliner Klischeeanstalten, immer häufiger zu beanstanden sei, daß damit der normale Produktionsgang in den Druckereien infolge Wartezeit und erhöhtem Zurichteaufwandes empfindlich gehemmt und eine rationelle und sachgemäße Ausführung der einzelnen Aufträge oft entscheidend in Frage gestellt werde. Beanstandet werden, besonders bei Bildstöcken, die auf dem Wege über den Kunden geliefert werden, ungenügende Drucktiefe, mangelhafte Montage und die Verwendung des unter der Einwirkung des Waschmittels sich verziehenden roten Holzes für die Beklotzung. Diese Uebelstände sind dort, wo es sich um Terminarbeiten handelt, nicht mehr durch sofortige Rückgabe zwecks Nachätzung und sachgemäßer Aufholung abzustellen.“

Wenn man den auf guten Ton weniger dressierten Gehilfen solches Tun aufs Kerbholz schreiben könnte, wäre zweifellos sofort der Teufel los. Aber die mit feinem Empfinden und gutem Ton gesegneten Besitzer chemigraphischer Anstalten rührt dieses vernichtende Urteil gewerblicher Schunderzeugung nicht. Denn nach ihrer Meinung sind doch nur die bösen Gehilfen an allem schuld, die durch Arbeitskontrollzettel schikaniert werden müssen. Wie Figura zeigt, wäre aber eine Kontrolle der Betriebe und Betriebchen angebracht, um der Verschundung der gewerblichen Produktion Einhalt zu gebieten. Aber dazu langt es nicht. Und mit den Gehilfen gemeinsam dem Niedbruch des Gewerbes entgegenzuarbeiten, wie es schon einmal mit Erfolg geschehen ist, ist nicht opportun. Die Unternehmer tragen nur Zwangslagen Rechnung.

Aussichten der Tapeten-erzeugung.

Nach einem Bericht im Berliner Börsen-Courier hat sich die Lage der Berliner Tapetenindustrie wesentlich gebessert, und auch für die nächsten Monate sind für weitere günstige Fortentwicklung alle Anzeichen vorhanden. Die Ausfuhr der Tapetenindustrie 1926 mit 87 804 dz liegt 5500 dz über der von 1925. Besonders in den letzten Monaten ist beträchtliche Zunahme der Ausfuhr festzustellen, die mit der als Folge der Frankstabilisierung eingetretenen Minderung des französischen Wettbewerbs zusammenhängt. Die Preise für französische Tapeten liegen gegenwärtig bedeutend über dem Weltmarktpreis.

Auch der Inlandsabsatz hat zugenommen. Dies ist eine Folge der verstärkten Bautätigkeit der letzten Monate. Im Jahre 1927 sollen rund 250 000 Wohnungen hergestellt werden, wodurch der Tapetenindustrie guter Absatz entstehen wird. Dann wird die Tapetenindustrie an die Erneuerung und Ergänzung ihrer z. T. rückständigen Fabrikanlagen gehen können, was im Hinblick auf den immer mehr der technischen Vervollkommnung zustrebenden ausländischen Wettbewerb nötig ist. Papier-Zeitung.

Verleumdung.

In der Tapetenindustrie und im Tapetenhandel krabbelts wild durcheinander, denn das Geschäft ist in Gefahr. Ein Medizinalrat, Dr. K. Diling, hat nämlich in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ einen Artikel losgelassen, betitelt: „Chronische Arsenvergiftung durch eine Tapete“. Darob großer Aufruhr. Von allen interessierten Seiten schreits: Verleumdung! Nun ist es ja richtig, daß es keine arsenhaltigen Tapeten gibt. Auch die sorgsame Aufzeichnung des Krankheitsbildes eines Vergiftungsfalles, den der Autor des Artikels an sich beobachtet hatte, ist keine Erschütterung dieser Feststellung. Denn es handelt sich nicht um Tapete, sondern um den grünen Anstrich einer Tapete. Der Herr Doktor sagt selbst in seinem Artikel: „... vor etwa 5 Jahren war sie (die Tapete seines Schlafzimmers) auf Veranlassung des Hausbesitzers grün überstrichen worden, als Patient einzog. Die Arbeit war vom Fabrikpersonal des Hausbesitzers ausgeführt. ... Diese Farben enthielten als Verunreinigung Arsen, und zwar in meinem Schlafzimmer — grün — erhebliche Mengen.“

Dieser Artikel des Dr. Diling wurde vom „Zentralbureau für die deutsche Presse“ aufgegriffen und für die „Reichskorrespondenz“ in folgender Weise zurechtgemacht:

„Arsen in Tapeten“. Vor einiger Zeit ging durch die Presse die Nachricht, ein deutscher Gelehrter habe herausgefunden, daß Schiller nicht so jung gestorben wäre, wenn er nicht in einem mit grüner, arsenhaltiger Tapete bekleideten Zimmer geschlafen hätte. Schiller litt an einer schweren Lungentuberkulose und die grüne Tapete soll seinen Tod beschleunigt haben. Daß Vergiftungen durch Tapeten möglich und sogar wahrscheinlich sind, ergibt sich aus Untersuchungen, die der Arzt, Dr. Diling, an sich selbst vorgenommen hat und über die er jetzt in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ Mitteilungen macht. Ende Januar 1926 erkrankte Dr. Diling mit Beschwerden in den Füßen beim Stehen und Gehen, mit Blutungen in den Unterschenkeln und am Fußrücken und Schwere in den Gliedern. Einen Tag hindurch bestand auch Störung des Sehvermögens und Kälte in den Beinen. Da der kranke Arzt sofort an eine chronische Arsenvergiftung durch eine Tapete dachte, schickte er eine Tapetenprobe seines Schlafzimmers an ein Institut für gerichtliche Medizin. In dieser Probe konnte einwandfrei ein verhältnismäßig erheblicher Gehalt an Arsen festgestellt werden. Auch im Kopffhaar des Kranken wurde Arsen nachgewiesen. Der Kranke erholte sich nur langsam von seinem Leiden. Er neigt der Ansicht zu, daß es sich bei seinen Hautblutungen um eine Ausdrucksform der chronischen Arsenvergiftung gehandelt habe, und rät zur Vorsicht beim Einkauf neuer Tapeten.“

Diese Notiz ist ein sprechendes Beispiel dafür, wie objektive Mitteilungen zu bestimmten Zwecken umgebaut werden. Wenn sich Tapetenindustrie und -handel gegen die dadurch erzeugte Geschäftsschädigung wehrt, ist das verständlich. Aber Entrüstung ist nicht am Platze, denn heute gilt doch: Verleumde nur, etwas bleibt doch hängen. Darüber kann gerade die Bewegung der Arbeiter mit ihrem Streben nach mehr Licht und Lebensfreude ein besonderes Lied singen. Und die Unternehmer sind es nicht selten, die Anstoß zu ähnlichen verleumderischen Pressenotizen geben. Hoffentlich trägt dieses Intermezzo angeblich arsenhaltiger Tapeten dazu bei, die Gegensätzlichkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern der Tapetenindustrie zukünftig so auszutragen, daß über Anwendung unfairer Mittel nicht zu klagen ist.

Internationale Kampfreue.

Streik in Danzig.

In Nr. 6 der „Gr. Pr.“ berichteten wir, daß in Danzig Streitigkeiten ausgebrochen seien. Es handelt sich da um die Danziger Blechwaren- und Industriewerke. Schon seit längerer Zeit geht hier ein stiller Kampf unserer Kollegen; weil die Geschäftsleitung die tariflichen Bestimmungen nicht mehr einhalten will. Bisher war ein stiller Geschäftsgang zu verzeichnen, der zu nachdrücklicher Interessenvertretung keine Aussicht bot. Jetzt hat sich aber die Situation geändert und die Kollegenschaft verlangte die schriftliche Anerkennung des Tarifes. Als eine Ablehnung dieser Forderung erfolgte, wurde mit der Ablehnung von Überstunden geantwortet. Flugs wurde mit der Maßregelung eines Kollegen gegengeantwortet. Als der Vertrauensmann deshalb Rechenschaft forderte, flog er in hohem Bogen aus dem Kontor hinaus. Das war der Funke ins Pulverfaß. Alle 5 beschäftigten Kollegen beschlossen, anderntags die Arbeit niederzuliegen. Aber siehe: der Nichtorganisierte Buday stand an andern Tage wieder im Betriebe, um mit Hilfe von 2 Lehrlingen und einem Hilfsarbeiter, der auf Anweisung von Buday eine Maschine bedient, Rausreißdienste zu leisten. Die Leistungen dieses Helden scheinen jedoch nicht all zu beachtlich zu sein, denn in einer vom Direktor gewünschten Verhandlung gab der

Direktor die Erklärung ab, zukünftig die tariflichen Bedingungen einzuhalten. Doch das genügt den Kollegen zur Wiederaufnahme der Arbeit nicht. Sie verlangten Enttarnung des Wort- und Streikbrechers aus der Druckerei, was bisher von der Direktion strikte abgelehnt wurde. Da durch Fortgang des Streiks der Betrieb zu erliegen droht, ist es nicht ausgeschlossen, daß man in Deutschland neue Kräfte anzuwerben sucht. Es sei deshalb nochmals darauf verwiesen, daß der Zuzug von Blechdruckern nach Danzig fernzuhalten ist.

Rundschau.

Eine äußerst günstige Arbeitsstätte!

Außerst verlockende Angebote macht man den Kollegen in den Bing-Werken (Fürth), Betrieb Stephanstraße. Einem Schriftlithographen bietet man bei 54 — mit Worten vierundfünfzig — stündiger Arbeitszeit einen Stundenlohn von 70 Pfennigen. Ob die Herren Direktoren und Betriebsleiter auch zu diesem sogenannten Facharbeiterlohn beschäftigt sind, entzieht sich unserer Kenntnis, wir nehmen aber an, daß dem so ist, denn nur daraus läßt sich ein derartiges Angebot erklären, daß aus dem Herrenangebot die eigene Praxis und Erfahrung spricht, wie man mit sage und schreibe 37 Mark brutto wöchentlich bei 54 Stunden Arbeitszeit sich und seine Familie ernährt. Daß die Lithographen seit mehr als 30 Jahren täglich achtstündige Arbeitszeit haben und daß der Durchschnittslohn im Nürnberg-Fürther Lithographie- und Steindruckergewerbe pro Woche 54 Mark beträgt, findet keinerlei Beachtung, man glaubt wohl auch die Not und das Elend der Arbeitslosen sich nutzbar machen zu müssen, gleichviel mit welchen Mitteln. Der fragliche Kollege hat natürlich dankend abgelehnt und viel Glück wird der Bing-Konzern mit seinen Versuchen, die Arbeitsbedingungen der Lithographen und Steindrucker derart schmachvoll zu drücken, nicht haben. Jedenfalls soll dieses Vorkommnis für die Kollegen Anlaß sein, ganz besonders auf diesen Betrieb aufmerksam zu machen.

Merkblätter für Arbeitnehmerbeisitzer in den Arbeitsnadeln

werden nunmehr vom ADGB. allmonatlich einmal herausgegeben. Diese Merkblätter werden durch den Bundesvorstand den Bezirkssekretären zugestellt, die sie ihrerseits wieder an die Verwaltungsausschußbeisitzer ihres Bezirks wie auch an die Ortsausschüsse weiterzuleiten haben. Die erste Nummer der soeben erschienenen „Merkblätter“ bringt eine Übersicht über den Stand des Arbeitsmarktes und der Kurzarbeit, ein zweiter Artikel informiert über das Vorschlagsrecht des Verwaltungsausschusses zum Etat des öffentlichen Arbeitsnachweises. Mehrere Hinweise beziehen sich auf Fragen der Arbeitsnachweisverwaltung, auf die Erwerbslosigkeit, Erwerbslosenunterstützung, Erwerbslosenfürsorge und Notstandsarbeit usw.

Otto Freytag †.

Der langjährige Hauptkassierer des Deutschen Nahrungs- und Genußmittelverbandes (Denag), Otto Freytag, ist in Hamburg am 1. Februar in seinem 59. Lebensjahr einem Schlag-

anfall erlegen. Schon als Bäckerlehrling hatte er die ungeheuerliche Ausbeutung kennengelernt, die in diesem Berufe früher gang und gäbe war. So wurden in ihm schon früh die Keime zur Gemeinschaftsarbeit und für den sozialen Kampf gelegt. In jungen Jahren schloß er sich seiner Organisation an, war später lange Jahre ehrenamtlich als Gauleiter für Sachsen und Thüringen in Leipzig tätig und wurde 1910 mit dem verantwortungsvollen Amt des Hauptkassierers betraut, das er mit musterhafter Korrektheit und denkbar größter Pflichttreue bis zu seinem plötzlichen Hinscheiden ausfüllte. Die Organisation verlor einen Mitarbeiter, der sich einen ehrenvollen Platz in der Arbeiterbewegung erwarben und ein treues Gedenken gesichert hat.

Bei hohen Löhnen blüht das Geschäft.

In der „Industrie- und Handelszeitung“ vom 25. Januar finden wir einen Bericht über den Bekleidungs-Einzelhandel. Wir lesen dort:

„Das Schwergewicht der Nachfrage liegt nach wie vor in den mittleren Preisen zwischen 50 und 80 Mark. Teure Konfektion ist nur schwer zu verkaufen. . . Die erfreuliche Belebung des Geschäfts kann aber gleichwohl nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß im allgemeinen die Kaufkraft der breiten Masse nach wie vor sehr gering ist. Die aus allen Bezirken vorliegenden Monatsberichte der Bekleidungs-geschäfte ermöglichen hierfür wertvolle Rückschlüsse. Am ausgeglicheneren erscheint hiernach die wirtschaftliche Lage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. In den Einzelhandelsgeschäften der Standorte von eingeschränkt arbeitenden Industriezweigen macht sich die durch die Einschränkung der Betriebe eintretende Schwächung der Konsumkraft deutlich bemerkbar. Überhaupt ließ sich im Monat Dezember wiederum wiederholt beobachten, wie lokale Vorgänge dieser Art sich sofort im Konsum der Bevölkerung auswirken. Ein Streik in der Eisenindustrie des Bezirks Schleswig z. B. brachte sofort, namentlich in den Bekleidungs-geschäften einen empfindlichen Umsatzrückgang.“

Umgekehrt brachte ein in der Pfälzischen Schuhindustrie gefällter Schiedsspruch sofort eine zunehmende Nachfrage in den Textilgeschäften. Dieser Bericht zeigt, daß die Kaufkraft der breiten Masse der beste Hebel der Geschäftsbelebung ist. Hat die breite Masse Geld und stabile Einkommensverhältnisse, dann gehen die Geschäfte naturgemäß gut. Kommt umgekehrt die arbeitende Klasse über ein trauriges Existenzminimum nicht hinweg, dann sieht es auch in der Geschäftswelt sehr schlecht aus.

Die berufliche Gliederung der Bevölkerung Berlins.

Laut jüngst veröffentlichten Angaben der Berufs- und Betriebszählung von 1925 sind von den vier Millionen Einwohnern Berlins mehr als die Hälfte — 54,3 Prozent — insgesamt 2 183 000 Personen erwerbstätig, 1 394 000 Männer und 800 000 Frauen. Gegenüber 1907 ist der prozentmäßige Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung um 7,4 Proz. größer als Folge der Zunahme der Frauenarbeit. Der nicht erwerbstätige Teil von 45,7 Proz. der Bevölkerung setzt sich zusammen aus 6,9 Proz. berufslosen Selbständigen, 18,7 Proz. Ehefrauen und 20,1

Prozent sonstigen Familienangehörigen ohne Hauptberuf. Unter den Erwerbstätigen sind etwas mehr als eine Million Arbeiter (gleich 41,3 Proz.), 665 000 Angestellte und Beamte (gleich 27,8 Proz.), 336 000 Selbständige (gleich 16,6 Proz.), 9,6 Proz. Berufslose, 132 000 Hausangestellte (gleich 3,5 Proz.), 48 000 mithelfende Angehörige (gleich 1,2 Proz.). Von den Arbeitern sind 28,7 Proz., von den Angestellten und Beamten 36,1 Proz., von den Selbständigen 30 Prozent, den Hausangestellten 93 Proz., von den mithelfenden Familienangehörigen 88 Proz. weiblichen Geschlechts. 77,9 Proz. der Arbeiter waren in der Industrie und im Handwerk, 17,7 Prozent im Handel und Verkehr beschäftigt, während bei der Angestelltenschaft nur 30,2 Proz. auf Industrie und Handwerk, dagegen 45,9 Proz. auf Handel und Verkehr entfallen. Unter den Selbständigen sind 45 Proz. in Industrie und Handwerk, 41,4 Proz. im Handel und Verkehr tätig; in dieser Gruppe sind noch 50 000 Hausgewerbetreibende enthalten. Als eigentliche Rentnerbezirke können nur Wilmersdorf, Schöneberg und Steglitz angesprochen werden. In Wilmersdorf und Zehlendorf gehören mehr als 10 Proz. der Gesamtbevölkerung zu den Hausangestellten.

Vom Büdertisch.

Der Lohnanteil in der Landwirtschaft. Von Georg Schmidt. Heft 2 der Sammlung Gewerkschaften und Wirtschaft. Verlagsgesellschaft des ADGB. G. m. b. H., Berlin 1926. Preis 1,— Mk.

Der Vorsitzende des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, Georg Schmidt, ist mit seiner Arbeit über den Lohnanteil in der Landwirtschaft in „von den Interessenten gemiedenes und von der Wissenschaft bisher zu wenig beachtetes“ Gebiet eingedrungen. Aus der Notwehr gegen die lauten, aber unbegründeten Klagen der landwirtschaftlichen Unternehmer entstanden, liefert das Büchlein einen kühl-sachlichen, dafür aber um so wertvolleren Beitrag zur Kenntnis der Wirtschaftslage in der Landwirtschaft. Seine Stärke ist es, daß es seine Schlussfolgerungen lediglich aus dem von der Gegenseite gelieferten Material zieht.

Das Arbeitsgerichtsgesetz vom 23. Dezember 1926, Textausgabe, ist vom Ortsausschuß Leipzig des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, gegen Einsendung von 40 Pf. für das Stück zu beziehen. Bei Mehrbezug wird ein größerer Preisnachlaß gewährt. Bestellungen an das Gewerkschaftskartell Leipzig, Zeitzer Str. 32 erbeten. Postscheckkonto Leipzig 65 139.

Dank und Gruß!

Das freundliche Gedenken meines 25-jährigen Dienstjubiläums als Angestellter des Verbandes in Nr. 3 der „Graphischen Presse“ und in Nr. 11 der „Graphischen Jugend“ hat mir von Kollegen und Freunden soviel Glückwünsche und Begrüßungsschreiben ins Haus getragen, daß es mir unmöglich ist, jedem einzelnen dafür Dank zu sagen. Es sei mir deshalb gestattet, allen, die mir Grüße und Glückwünsche zu diesem Ehrentage entboten, durch unser Verbandsorgan den herzlichsten Dank auszusprechen.

Berlin, im Februar 1927.

Paul Lange.

Ein tüchtiger farbensicherer
Photo-Lithograph
für hochwertige Qualitätsarbeiten, sowie ein
erstklassiger Andruker
für Wendum-Apparat zum baldigen Antritt gesucht. Angebote erbeten an
Wenzel & Naumann A.-G., Leipzig.

Prima Farbenätzer

für baldigen Eintritt gesucht. Briefe mit Gehaltsansprüchen, Alter, Zeugnisabschriften und Modellen an
L. van Leer & Co., Amsterdam, Ruslenburgerstraat 19.

Farbwerke
Franz Rasquin A.-G.
Köln-Mülheim
OFFSET-, BUCH- U. STEINDRUCKFARBEN
FIRNISS IN ALLEN STÄRKEN

Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität.

Ia Auswaschtinktur Zinkätzsalz D. R. P.

Entsäuerungspulver, Schleifkugeln

sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck

Karl Moss G. m. b. H., Berlin SO 38, Wiener Str. 50. Fernspr. Mor. 12289.

Erster Lithograph

zum Durcharbeiten von Photo-Lithographen für zukunftsreiche Stellung sofort gesucht. Derselbe muß auch Merkanil-Arbeiten mit ausführen. Schriftl. Angeb. m. Zeugnisabschr. an

Fritz Busche, Dortmund

Leipziger Straße Nr. 10.

Tüchtige Farb-, Auto- u. Strichätzer

stellen ein **Marker & Sohn, Dresden-A.**, Pillnitzer Straße 48-50. Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüche erbeten.

KUMV-FRÄSER

gesetzlich geschützt sowie sämtl. Schneidwerkzeuge

für die Chemigraphie, Stereotypie Galvanoplastik usw.

PAUL BERNDT

Spezialfabrik von Werkzeugen für das graphische Gewerbe.
Berlin S 59, Kottbusser Damm 22
Telephon: Hasenheide 8039,
Lieferant der Reichsdruckerei und fast sämtlicher Großbetriebe Deutschlands.

Fachliteratur!

Neuerschienen: Die lithographischen Verfahren u. der Offsetdruck von Otto Krüger. Über 270 Seiten Text mit etwa 130 Abbildungen und 20 zum größten Teil mehrfarbigen Tafeln. Leinen inkl. Nachnahme 18.50 RM.

Der Filmlichtdruck von Otto Neubert. Preis inkl. Nachnahme 1,70 RM.

Zu beziehen durch **Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.**

Düsseldorf!

Auskunftsleiter für Chemigraphen: **Bernhard Antwerpen, Citadelstraße 14.**
Auskunftsleiter für Steindrucker: **Heinrich Vögeler, Düsseldorf-Oberkassel, Stefenstraße 31.**

Nordhausen!

Auskunftsleiter: **Emil Helse, Nordhausen a. H., Ammerberg Nr. 3.**

Hamburg

Verkehrsbüro der Chemigraphen: **Helmstraße des ADGB, Nagelsweg 14, Verkehrsabend jeden Freitag von 6-8 Uhr.**